

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 15 Pfennig.
Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld
95 Pfennig; unter Kreuzband M. 1.45.

Stuttgart
11. Oktober 1918

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Worligplatz 14833.
Erscheinung: Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Kritische Tage.

In dem großen Konflikt der Völker drängt alles mit unwiderstehlicher Wucht zur Entscheidung.

Die gewaltige kriegerische Offensive Deutschlands im Westen, die im März begann, hat im Juli ihr Ende erreicht. Unmittelbar auf dem Fuße folgte ihr eine noch gewaltigere Offensive der Ententeheere. Ihre Stärke und ihren Rückhalt findet diese in wachsendem Maße an Amerika, das in unerwartetem Umfang wohlausgerüstete und kriegerisch sehr brauchbare Truppen und ausgezeichnetes Kriegsgerät über den Ozean schickt. Beide Offensiven haben beiden Teilen ungeheure Opfer an Gut und Blut gekostet. Hunderttausende blühender Menschenleben haben daran glauben müssen. Immer größer werden die Tränenströme weinender Mütter und Frauen.

Verzweifelt fragen die Völker: Soll das so weitergehen? Soll in einem neuen — dem fünften! — endlosen und qualvollen Kriegswinter das Elend noch schlimmer werden und das Blutmeer noch höher anschwellen?

Daneben werden die inneren Sorgen der Völker immer größer. Wir wissen nicht genau, wie es in dieser Beziehung auf der feindlichen Seite aussieht. Wir dürfen aus verschiedenen Anzeichen schließen, daß dort die Ernährungsfragen, die Schwierigkeiten der Beschaffung von Licht und Feuerung, von Kleidern und Schuhen noch nicht so schlimm sind wie bei uns. Sieht ihnen doch trotz alledem noch die ganze Welt offen. Und wenn der U-Bootkrieg auch den feindlichen Frachtraum verringert hat, er reicht immer noch aus, um die Völker der Gegenseite besser zu versorgen, als wir uns aus den Schätzen des eigenen, immer larger bestellten Bodens versorgen können. Aber selbst wenn es drüben erst so schlimm sein sollte, wie es bei uns noch vor zwei Jahren war, war es damals bei uns nicht schon schlimm genug im Vergleich zu früheren Zeiten? Müßten die Völker drüben das wachsende Ernährungselend nicht gleichfalls bitter und schmerzlich empfinden?

Und wiederum fragen die Völker voller Verzweiflung: Wie lange noch? Wann ist das Ende dieser menschenunwürdigen Dual?

Die erlösende Antwort bleibt aus. Die Militärs wissen sie nicht zu geben. Jedenfalls wissen sie keinen anderen als den Trost, den wir lange kennen und der uns längst kein Trost mehr ist: nur Mut, nur durchhalten, wir werden es schon schaffen!

Gewiß sind wir davon überzeugt, daß sie vieles schaffen werden. Wir glauben, daß die deutschen Heere die schützende Mauer im Westen halten werden. Aber welche Opfer wird das weiterhin kosten! Und was ist gewonnen, wenn wir nur die Verteidigungsmauer halten! Damit ist der Krieg noch immer nicht zu Ende, damit geht das Elend immer weiter.

Ein deutscher Staatsmann, der frühere Staatssekretär v. Kuhlmann, hat das bedeutungsvolle Wort gesprochen, daß durch militärische Mittel allein der Krieg nicht zu Ende geführt werden könne, diplomatische und militärische Mittel müßten zu ihrem Teile mithelfen. Das war ein gutes und kluges Wort, wenn es auch zunächst dem Staatsmann, dank alldeutscher

Treibereien, sein Amt gelöst hat. Jetzt, im dritten Monat der erfolgreichen feindlichen Offensive und der Anstürme der Gegner an allen Fronten, jetzt ist das Wort Gemeingut in Deutschland geworden, jetzt sucht die Regierung bereits gemäß diesem Worte zu handeln, jetzt sind die alldeutschen Großsprecher sehr kleinlaut geworden.

Aber leider haben wir nicht die Diplomatie und treiben wir nicht die Politik, die uns zu einem baldigen Kriegsende zu führen geeignet erscheint. In dieser Beziehung sieht es unendlich trostlos in Deutschland aus, ebenso trostlos wie auf dem Gebiet der Ernährung. Kein großer Zug in der Politik, kein klares und offenes Bekenntnis zum Verständigungsfrieden, keine Einsicht in die unbedingten Staatsnotwendigkeiten, die erfüllt werden müssen, wenn die innere Front aufrechterhalten werden soll. Kann man dem Volke nicht mehr Brot und Kartoffeln geben, als es erhält, weil nicht mehr wächst, so ist das zwar bitter; aber schließlich sieht das Volk ein, daß in dieser Beziehung auch der wohlmeinendsten Regierung Schranken gezogen sind. Aber warum denn dieselbe Kargheit und Knappheit in der Zuweisung des politischen Brotes? Warum keine inneren Reformen? Warum noch immer die Steine des Belagerungszustandes und der Zensur statt des Brotes der preussischen Wahlreform?

Durch die österreichische Friedensnote war eine so bedenkliche Zuspitzung der politischen Lage geschaffen worden, daß der Hauptausschuß des Reichstags berufen werden mußte. Bei dieser Gelegenheit gelangte die gesamte innere und äußere Lage zu eingehender Besprechung. Die drei Mehrheitsparteien hatten schon in den vorhergehenden Wochen und Tagen mannigfache Besprechungen gehabt, bei denen sich in vielen Punkten Einmütigkeit wie bisher ergab. Vor allen Dingen war man sich darin einig, daß die Lage nur zu retten sei, wenn die Regierung auf neue Grundlagen gestellt werde, wozu in erster Linie die Beseitigung jeder unverantwortlichen Nebenregierung, besonders des Dreinredens der hohen Militärs in die Politik gehört. Ferner wünschte man Durchführung der Parlamentarisierung und Demokratisierung und sofortige Entscheidung in der preussischen Wahlrechtsfrage. Um aber der Regierung für diese Neuerungen die nötige Kraft und den erforderlichen Rückhalt im Volke zu geben, verlangten die beiden bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung.

Aber diese ernste Frage haben die obersten Körperschaften der Partei, der Parliausschuß und die Reichstagsfraktion am Tage vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses eingehend beraten. Sie haben sich nach ernster Erwägung des Für und des vielen Wider bereit erklärt, diesen bedenklichen und verantwortungreichen Schritt zu tun, falls sich die bürgerlichen Mehrheitsparteien mit bestimmten Mindestbedingungen, wie sie unseren Leserinnen aus der Tagespresse bekannt sind, einverstanden erklären. Zu diesen Bedingungen gehört auch die Forderung des Rücktritts des gegenwärtigen Reichskanzlers, des Grafen Hertling, der sich als zu alt und zu schwach für die ersten Anforderungen, die in dieser Zeit an sein Amt

gestellt werden, erwiesen hat. Diese Bedingung aber will bis zur Stunde (Ende September) die Zentrumsparthei, deren ehemaliger Führer Graf Hertling ist, nicht erfüllen.

So ist die schwere innere Krisis Deutschlands zurzeit noch nicht gelöst. Aber selbst wenn sie auch in dem Sinne gelöst werden sollte, der menschlichem Ermessen nach einzig und allein noch die Lage zu retten vermag, wenn eine neue, aus Charakterfesten und zielsicheren Männern gebildete Regierung zustande kommt, so ist die Weltkrisis damit leider noch immer nicht gelöst.

Doch ihrer Lösung ist sie einen Schritt näher geführt. Wir Deutsche haben die Pflicht, in unserem Innern für Ordnung zu sorgen und unser Deutsches Reich verfassungsrächtig und innerpolitisch so einzurichten, daß es als ein ebenbürtiger Teilnehmer in einem großen demokratischen Völkerbund der Zukunft gelten kann. Dazu gehört in erster Linie die Niederbringung der junkerlich-militaristischen Herrschaft in Deutschland und die Errichtung einer demokratischen Regierung.

Möge dieses Teilziel in der großen Liquidation des fürchterlichen Krieges bald erreicht sein und möge es uns dem Frieden ein gutes Stück näher bringen!

Doch es ist ein ew'ger Glaube,
Daß der Schwache nicht zum Raube
Jeder frechen Mordgebärde
Werde fallen allezeit:
Etwas wie Gerechtigkeit
Webt und wirkt in Mord und Grauen,
Und ein Reich will sich erbauen,
Das den Frieden sucht der Erde.

Mählich wird es sich gestalten,
Seines heil'gen Amtes wachen,
Waffen schmieden ohne Fährde,
Flammenschwerter für das Recht,
Und ein königlich Geschlecht
Wird erblühen mit starken Söhnen,
Dessen helle Tuben dröhnen:
Friede, Friede auf der Erde!

Konr. Ferd. Meyer.

Gegen die bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe.

Die sozialdemokratischen Frauen haben folgende Eingabe an den Reichstag über die drei Gesetze: 1. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, 2. Die Verhinderung der Geburten, 3. Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung gerichtet:

Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wenden sich an den Reichstag, um in letzter Stunde noch einmal Einspruch gegen die beiden letztgenannten Gesetzentwürfe, besonders gegen den Entwurf gegen die Verhinderung von Geburten, zu erheben, von deren Inkrafttreten sie schwerste Schädigung der gesamten Frauenwelt, vorwiegend aber der Frauen der besitzlosen Klassen befürchten. Wohl erkennen auch sie an, daß dem Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte, der sich durch die Männerverluste der Kriegszeit noch steigern dürfte, mit allen erfolgversprechenden Mitteln begegnet werden muß.

Aus dem Grunde ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Form, in der es die sechzehnte Reichstagskommission geschaffen hat, als Fortschritt zu begrüßen. Doch fehlt darin unserer Auffassung nach die zwangsweise Anwendung gesundheitlicher Maßnahmen bei allen geschlechtskranken Menschen. Zudem sei in diesem Zusammenhang nochmals im Interesse der Volksmoral und -gesundheit auf die Notwendigkeit der Aufhebung der Reglementierung der Prostitution hingewiesen, durch die eine Schicht von Frauen unter ein Ausnahmegesetz gestellt wird, im Gegensatz zu den die Gesamtheit in gleichem Maße bedrohenden Männern, die sich der Prostitution bedienen.

Das Gesetz gegen die Verhinderung der Geburten will durch Verbot der Herstellung, der Einfuhr und des Verkaufs der

empfangnisverhütenden Mittel es den Frauen unmöglich machen, der Empfängnis vorzubeugen.

Auch wir sind der Meinung, daß dies Verbot aus hygienischen Gründen berechtigt ist, soweit es sich auf die Herstellung, Einführung und den Vertrieb solcher Mittel bezieht, die nach dem Urteil ärztlicher Autoritäten gesundheitsgefährdend wirken. Abgesehen aber davon muß unbedingt jeder Frau das Recht zustehen, eine Empfängnis zu verhüten, wenn schwerwiegende Gründe gesundheitlicher, sittlicher oder wirtschaftlicher Natur dafür sprechen.

Zu dicht aufeinander folgende Geburten begünstigen die Lebensschwäche, Rachitis und andere Krankheiten fördern die Kindersterblichkeit. Sie wirken degenerierend und für die Zukunft volksvermindernd. Sowohl im Interesse der Gesundheit der Frauen wie einer gesunden Nachkommenschaft ist es wünschenswert, daß jede Frau die Möglichkeit hat, sich eine gewisse Zeit nach der Geburt eines Kindes vor einer neuen Empfängnis zu schützen.

Große Geburtenziffern gehen parallel mit großer Kindersterblichkeit, hervorgerufen durch schlechtere Pflege und geringere Lebensfähigkeit. Die größte Sterblichkeit aber ist in den dichtbevölkerten Arbeitervierteln zu finden. Dort sind es wieder die kinderreichsten Familien, in denen der Tod die meisten Opfer fordert. Zugleich ist hier der beste Nährboden für allerlei Krankheiten, zum Beispiel Rachitis, wodurch viele Mädchen gebäruntüchtig werden.

Die Sorgen vor der schwierigen Geburt spielt bei der Schwangerschaftsverhütung und -unterbrechung ebenfalls eine Rolle. Tatsächlich sind nach Dr. M. Hirsch die das Leben und die Gesundheit der Frauen gefährdenden Geburten in der Zunahme begriffen.

Die Furcht vor kranker oder elender Nachkommenschaft veranlaßt viele Menschen zur Verhinderung der Empfängnis oder zur Abtreibung. Syphilis der Ehegatten, Trunksucht, Tuberkulose oder Epilepsie auf der einen Seite rechtfertigen es, wenn auf Nachkommenschaft verzichtet wird. Hier ist es ganz besonders hart für die Frauen, wenn die Einsicht auf ihrer Seite ist, daß sie durch das Gesetz der Willkür der kranken Männer ausgesetzt sind.

Die weitestgehende Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen, die ihren Ursprung in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands hat, ist einer starken Volksvermehrung ebenfalls nicht günstig. Die Befreiung der Mütter von der Erwerbsarbeit, mindestens drei Monate vor und sechs Monate nach der Entbindung durch eine Reichsversicherung, eine Elternschaftsversicherung, die den minderbemittelten Volksteilen die Furcht vor der Familienvergrößerung nehmen würde, ein besonderer gewerblicher Schutz junger, in der körperlichen Entwicklung begriffener Mädchen, kurze Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen, Verbot aller für den weiblichen Organismus zu schweren Arbeiten, sowie Verbot der Arbeit in allen Betrieben, in welchen Giftstoffe, die den weiblichen Organismus oder die werdende Frucht schädigen, benutzt oder hergestellt werden, wären unter anderem geeignete Maßnahmen zugunsten der Geburtenvermehrung.

Unsicherheit der Existenz, wirtschaftlicher Notstand, damit verbunden schon vorhandener oder durch Vermehrung der Familie drohender Mangel an Nahrung, Kleidung und Wohnung schaffen den Willen zur Verhinderung der Geburten in sehr vielen Familien. Eine reichsgesegliche Arbeitslosenfürsorge, dem Einkommen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien entsprechende Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, eine gesunde, der Volksvermehrung zuträglichste Wohnungsangelegenheit und Wohnungsfürsorge können hier nur entgegenwirken.

Die außerehelichen Geburten nehmen in der allgemeinen Geburtenstatistik schon immer einen breiten Raum ein. Der Krieg hat das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter sehr stark verschoben. Die große Überzahl gesunder, geschlechtsreifer gebärfähiger Frauen wird die Zahl der außerehelichen Geburten stark vermehren. Besondere durchgreifende Schutzbestimmungen für die außereheliche Mutter und deren Kinder, ihre soziale und gesellschaftliche Besserstellung ist aus menschlichen und Gerechtigkeitsgründen, sowie im Interesse einer gesunden Volksvermehrung geboten.

Die durch Dienstverträge erzwungene Ehelosigkeit breiter Frauenschichten ist vom Standpunkt einer humanen, gesunden und vorurteilslosen Bevölkerungspolitik aus nicht mehr haltbar. Zehntausende gesunder junger Frauen leisten dem Staat Dienste als Lehrereinen und Postbeamtinnen. Sie sind, wollen oder können sie ihre Stellung nicht aufgeben, zur Ehe- und Kinderlosigkeit verurteilt. Beamte und Militärpersonen in großer Zahl können erst sehr spät eine Ehe eingehen, weil die Heiratsmöglichkeit abhängt von einem außerdienstlichen Einkommen. Hier beraubt sich der Staat selber der Möglichkeit einer gesunden Volksvermehrung; gesunde Frauen und Männer büßen dabei Lebenswerte und Glücksmöglichkeiten ein.

Genußsucht und Bequemlichkeit, die in der Begründung der Regierung als Ursache des Geburtenrückgangs genannt wurden, werden durch das Gesetz nicht getroffen. Die von selbstsüchtigen Motiven geleiteten Menschen gehören meistens den begüterten Schichten der Bevölkerung an, ihnen werden trotz des Gesetzes alle Möglichkeiten der Geburtenverhinderung durch Gebrauch von Präventivmitteln zur Verfügung stehen.

Als ein Zeichen höherer Kultur ist es zu betrachten, wenn das Verantwortungsgefühl der Menschen sich sträubt, Kinder ohne Wahl zu zeugen, gleichgültig gegen die Lebensbedingungen, die sie vorfinden. Die überwiegende Mehrzahl der Frauen hat auch heute noch den Willen zur Mutterschaft. Gestärkt werden kann der Wille zum Kinde nur durch die geeigneten sozialen Maßnahmen, von denen ein Teil oben angeführt wurde.

Bei der Beratung des Gesetzes wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß das den Männern zum Schutz gegen Ansteckung freigegebene Kondom gleichzeitig als empfängnisverhütendes Mittel wirkt. Nach unserer Ansicht muß auch den Frauen das nach dem Gutachten ärztlicher Autoritäten hygienisch und gesundheitslich einwandfreie Okklusivpessar weiterhin erlaubt werden. Denn wo es sich um Männer mit vermindertem sittlichen Verantwortungsgefühl handelt, oder wo, wie oft bei Trinker und Tuberkulösen, ein krankhaft erhöhtes Geschlechtsbedürfnis besteht, werden die Männer keineswegs geneigt sein, die Empfängnis durch Anwendung des Kondoms zu verhüten. Das vollständige Verbot der von Frauen anzuwendenden Mittel zur Verhütung der Empfängnis muß notwendig die kriminellen Aborte stark vermehren. Die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs haben auf die Zahl der kriminellen Aborte keinen Einfluß gehabt. Wir erblicken darin den Beweis, daß diese Handlungen nicht nur von kriminellen, sondern auch von rein menschlichen und sozialen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müssen. Im Interesse der Volksgesundheit und Volksmoral müßte alles vermieden werden, was geeignet ist, die Abtreibungen zu vermehren.

Die in dem Gesetzentwurf gegen Unfruchtbarkeit und Schwangerschaftsunterbrechung geforderte Namhaftmachung der Kranken an den Kreisarzt wird ebenfalls vielfach dazu beitragen, die Frauen aus Furcht vor dem Befanntwerden des Eingriffs zur Abtreiberin anstatt zum Arzte zu führen, also aufs neue die Gefahr der kriminellen Abtreibungen vermehren. Die geforderte Anzeige an den Kreisarzt mit Namhaftmachung des Patienten stellt außerdem einen Bruch der ärztlichen Schweigepflicht dar, der gerade in dem Gesetz betreffend die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten so eindringlich

gegen die Meldepflicht angeführt wurde, also auch hier ein verändertes Maß gegenüber den Frauen und Männern. Weiterhin ist zu befürchten, daß viele Ärzte durch die ihnen in dem Gesetz zugewiesenen Unbequemlichkeiten und Kontrollen sich von einer oft notwendigen Unterbrechung der Schwangerschaft werden abhalten lassen, und zwar gerade wieder in den Fällen, in denen sie gegen geringes Entgelt oder umsonst vorgenommen werden müßte. Diese menschlich durchaus verständliche Neigung wird auch wieder zu einer Bevorzugung der wohlhabenden Kreise führen, während es doch offenbar dem Gesetzgeber darum zu tun sein muß, die Kinderzahl gerade in denjenigen Kreisen zu steigern, in denen die Möglichkeit bester Aufzucht vorliegt.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands:
Marie Zuchacz.

Politische Umschau

Am 9. September haben der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften in der Frage des ErnährungsweSENS eine Denkschrift an den Reichskanzler gerichtet. Es wird darin gesagt, daß die Unzufriedenheit der Massen über die unzureichende Verteilung von Lebensmitteln bei gleichzeitig blühendem Schleichhandel sehr groß sei, daß Bedarfsartikel wie Schuhe, Wäsche, Kleidung Preise erreicht haben, die für die meisten unerschwinglich seien. Die Reichsregierung wird dringend aufgefordert, Maßregeln zu ergreifen, die Abhilfe bringen. Vor allem sei es nötig, die Kartoffelverföhrung besser als im vorigen Jahre zu regeln und eine Ration von 10 Pfund pro Kopf und Woche festzusetzen. Zum Schluß heißt es: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.“

Daß die Reichsregierung dazu nicht entschlossen ist, ging aus der Antwort hervor, welche die Gewerkschaftsvertreter in der Konferenz beim Reichskanzler am 12. September erhielten, nachdem sie in dem Sinne der obigen Eingabe die Wünsche der Arbeitererschaft dargelegt hatten. Der Sprecher der Gewerkschaften, Genosse Thomas (Frankfurt a. M.), betonte besonders, daß alle wirtschaftlichen Nöte verschlimmert würden durch die unsichere, schwankende Politik im Innern, durch den laßenden Druck, den Jenseit und Belagerungszustand für das denkende Volk bedeuten, und da-

Feuilleton

Dämmer ist nichts zu ertragen,
Als wenn Dumme sagen den Welsen,
Daß sie sich in großen Tagen
Sollten bescheidentlich erweisen.

Goethe.

Die vier Raben.

Erzählung von Anna Mosgaard.

Ein Frühsonntag. Goldig und klar lacht die Maiensonne vom azurblauen Himmel hernieder. Ein Schwirren, Summen und Flöten durchzieht den weiten Raum. Geschäftige Bienen sammeln den ersten Honig. Verausgehende Döste schwängern die Luft. Flieder und Syringen kokettieren mit ihren Blütentindern wie eitle Mütter mit ihren gepuderten Kleinen.

In einem Gärtchen, unterm rotblühenden Apfelbaum, steht eine altersschwache Bank. Darauf sitzt, sorgfältig in Decken eingehüllt, ein blasser Knabe.

In sichtlichcr Ermattung lehnt er den dunklen Vordenkopf an den harten Stamm. Regungslos sitzt er da, auf dem halb geöffneten Lippenpaar ein verträumtes Lächeln. Ein feines, durchgeistigtes Antlitz hat der Knabe. So weich die Züge, so rein die Stirn! Voll und wallend das glänzend braune Haar. Man ist fast versucht, anzunehmen, das reizende Gesicht gehöre einem Mädchen. Das Schönste aber sind die traumtiefen, großen dunklen Augen, die so etwas Weltfremdes in sich bergen. Es ist gleichsam, als böte das ausnehmend schöne Angesicht dem Kinde Ersatz für seinen häßlichen, mißgestalteten Körper.

Dieser arme gebrechliche Körper! Die langen dünnen Arme und Beine, der hohe Rücken und die ausgewachsene Brust, dazu

die mißgestalteten spitzen Schultern, zwischen denen auf kurzem, dünnem Halse, gerade als sei er gewaltsam eingedrückt, der schöne Kopf ruht.

Auf dem Schoße des Knaben liegt eine kleine Kindergeige. Die zarte, weiße Hand weiß grazios den Bogen zu führen. Und hin und wieder durchzieht ein Singen und Klingen die sommerliche Stille. Ein banges Sehnen, Seufzen und Klagen — — dann bricht das Lied jäh ab. — — Eine Träne verdüstert des Kindes Blick. Da läßt es den Bogen sinken, legt den Kopf an den Stamm und starrt hinauf in die leuchtende Blütenpracht, als suche es dort Hilfe oder doch Vergeben von seinem Leid.

Das ist, wenn frohes Kinderlachen von der Straße zu ihm dringt. Doch nicht das ist's, was ihm Schmerz bereitet; er ist es ja so gewöhnt, das „Alleinsein“, der Heini. Da gerade ist ihm am wohlsten.

Aber durch das lärmende, frohe Kinderlachen klingt heiseres, schreiendes Krächzen. Dieses häßliche Krächzen, immer schreckt es ihn jäh aus seinen Träumen.

Seine drei jüngeren Geschwister sind es, die solch schrille Laute ausstoßen. Alma und Otto sind geistig zurückgeblieben, arme Menschen, Idioten mit stupiden Gesichtern und kloßenden Schielaugen, die von törichten Leuten verspottet und von unwissenden Kindern gehänselt und gepöppelt werden. Der kleinste, Karl, ist kaum drei Jahre alt, ist stets fränklich, verdrießlich und weinerlich. Sein Krächzen erklingt von früh bis spät. „Die vier Raben“ haben die Leute die Geschwister genannt. Nicht bloß wegen ihrem heiseren Rabengekrächz. Schon die Tatsache, daß der Vater der vier Kleinen Heinrich Rabe heißt, genügt, um den Kindern einen Spitznamen anzuhängen.

Krächzt der Älteste, der Heini nun auch nicht, so bietet er mit seinen zwei Höckern und den langen Spinnenbeinen doch

durch, daß den alldeutschen Annektionen keine klare Absage würde. Der Reichstanzler erwiderte, daß Heeresleitung und Reichsregierung einmütig gegen jede Eroberung seien. Mit dem allgemeinen Wahlrecht stehe und falle er. Staatssekretär v. Waldow bedauerte, daß weitere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel nicht vorhanden seien; im übrigen läme der Schleichhandel in kleinen Mengen auch den Arbeitern zugute. Die Brotration werde ab 1. Oktober wieder voll hergestellt, jedoch sei an eine Erhöhung der Kartoffelration über 7 Pfund nicht zu denken. Legien von der Generalkommission der Gewerkschaften erklärte darauf, daß bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsverhältnisse die bisherige Arbeitszeit nicht durchzuführen sei.

Am 11. September hielt Kaiser Wilhelm II. in Essen eine Rede an die Krupp'schen Arbeiter, in welcher er besonders zur Einigkeit mahnte und nochmals an sein Wort vom August 1914 erinnerte, daß er keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kenne. Von der Wahlrechtsvorlage sprach er auch, aber diesen Teil der Rede ließ — die Zensur nicht veröffentlichten!

An dem gleichen Tage erließen der Parteivorstand und die Parteileitung Preußens einen Protest gegen die Art, wie die preussische Wahlrechtsvorlage im Herrenhaus behandelt und verhandelt wurde, und forderte die Regierung auf, das Abgeordnetenhaus sofort aufzulösen. Die Herrenhauskommission beschloß jedoch an demselben Tage ein Sechsstimmwahlrecht für Preußen. Danach „hat jeder Wähler eine Stimme in einer Berufsgruppe“, und die Gruppen sind so eingeteilt, daß der Grundbesitzer zum Beispiel ein zehnmal stärkeres Wahlrecht als der Landarbeiter und der Industrielle ein sechsmal stärkeres als der von ihm Beschäftigte hat.

Ob der Kaiser in Essen keine Ahnung von diesen Vorgängen hatte, die die Einigkeit des deutschen Volkes schwer gefährden müssen? Aber die „Herrenhäuser“ würden ja solchem Appell gegenüber sehr kühl bleiben; sie fügen sich nur der Gewalt, und die Regierung zeigt ein rührendes Verständnis für die Psyche dieser Gewaltmenschen.

Zu den Verstimmungen, welche die innere Politik wachrufen muß, kommt der Unwille des Volkes gegen die Art, wie Deutschland die Dinge im Osten gestalten hilft. Der Schwager des Kaisers Prinz Friedrich Karl von Hessen soll zum König von Finnland „gewählt“ werden. Mit 58 gegen 44 Stimmen ist am 9. August im finnischen Landtag ein entsprechender Antrag angenommen worden, und auf solch schwankendem Boden will der neue König seinen Thron setzen. Die deutsche Arbeiterschaft will aber den Frieden von Brest-Litowsk und sämtliche neuen Throne im Osten kein Hindernis für allgemeine

Friedensverhandlungen mit den Ententemächten werden lassen, sondern die Ostfragen mit in die allgemeinen Verhandlungen ziehen.

Diesen Standpunkt haben die Genossen Scheidemann und Ebert dem holländischen Genossen Troelstra gegenüber vertreten, welcher nach wie vor bemüht ist, eine internationale Sozialistenkonferenz zustande zu bringen und alle mißverständlichen Hindernisse, welche noch zwischen den Sozialisten der feindlichen Länder bestehen, aus dem Wege zu räumen. Daß diese Hindernisse noch groß sind, bewies der Verlauf des englischen Gewerkschaftskongresses, welcher Anfang September tagte. Der australische Premierminister Hughes, der amerikanische Gewerkschaftsführer Compers und der Vorsitzende der englischen Seemannsgewerkschaft Gabelock Wilson gebärdeten sich geradezu Kriegstoll, aber die Versammlung selbst war von einem anderen Geiste beseelt, dem der Präsident Odgen in seinen Ausführungen Ausdruck gab. Unzweifelhaft ist auch der Friedenswille der englischen Arbeiterschaft stark, aber noch will sie es nicht unumwunden zum Ausdruck bringen, denn die angenommene Resolution sagt, daß mit Friedensverhandlungen erst begonnen werden kann, wenn die Deutschen Belgien und Frankreich geräumt hätten oder daraus vertrieben worden seien. Kann die englische Arbeiterschaft annehmen, daß die Regierungen der Entente ihre Heere an der deutschen Grenze haltmachen lassen würde?

Die Aufnahme der Friedensnote Österreich-Ungarns, die es am 14. September an die Regierungen der Entente richtete und in der eine gegenseitige Aussprache in einem neutralen Lande ohne Unterbrechung der Kriegshandlung vorgeschlagen wird, bestätigt solche Hoffnungen nicht. Diese Note, der sich Deutschland nachträglich angeschlossen, stellt den ernstesten Friedensversuch dar, der bisher unternommen wurde. Amerika lehnte sie mit einer Fixigkeit ab, die selbst dem früheren französischen Minister Albert Thomas zu weit geht. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat eine kriegsgehende, deutschfeindliche Rede gehalten, und die französische Regierung erklärt jetzt, daß dies die Antwort auf die österreichisch-ungarische Note sei. Aus England klang die Ablehnung durch den Lord Balfours gemäßigter; Italien lehnte die Zusammenkunft ebenfalls ab. Von der Alliiertenzusammenkunft in Paris wird wahrscheinlich noch eine gemeinsame Antwort abgefaßt werden, aber es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß sie ablehnend lauten wird. Dann muß also die Menschheit weiter durch dies Meer von Blut und Elend waten, weil die Regierungen der Entente es so wollen und weil die Völker der Entente es sich gefallen lassen. Dürfte die deutsche Regierung so etwas dem Volke bieten?

einen so komischen Anblick, daß man fast glauben könnte, einen hüpfenden Raben vor sich zu sehen. Also nahm man allgemein an, daß diese Kinder ihren Namen nicht zu Unrecht erhalten hatten, und sprach nur von den „vier Raben“. Den drei Jüngsten macht der Spott zwar wenig aus. Glücklicherweise sind sie in ihrer Beschränktheit. Dem dreizehnjährigen Heini aber, dem Knaben mit dem feinen Gesicht und der empfindsamen Seele, bereitet es tiefen Schmerz. Nicht selten belagerten Gassenbuben das kleine Gärtchen und schrien ihm ihr häßliches „Nab! Nab!“ zu. Sehr wehe tat das!

Doch was ist es gegen den großen Schmerz, der sich wie ein Reiß auf des Kindes Gemüt legt und kein frohes Kinderjuchzen aufkommen läßt? Würde man den Heini fragen nach seinem Kummer, so legte er die große Dual, die ihn peinigt, wohl in die drei Worte: „Mein Vater trinkt!“

So ist es.

Heinrich Nabe, der Flurschürze des Orchtens, ist ein „forscher, strammer Kerl“, wie er sich selbst nennt. Das Kartenspiel und der Alkohol sind sein Lebensselement. Selten ist er nüchtern; immer im Rausch oder verkatert. Im Rausch ist er Vater der vier Raben geworden. Und als einmal im Wirtshaus jemand zu ihm sagte: „Du, wenn ich deine Frau wäre, und du zeugtest mir solche Kinder, dann verklagte ich dich wegen Körperverletzung,“ da hatte er gelacht über den „Witz“, daß ihm die Tränen über die Waden liefen, und als er einmal ein wenig bei klarem Verstande war, da versuchte er nachzudenken über die Worte — und da trank er wieder, um sie zu vergessen.

Ja, — die Raben!

Da gab's kein Leugnen. Ja Rausche hatte er sie gezeugt. Nur den Ältesten nicht — den Heini. Nein, damals hatte ihn der Schnapsteufel noch nicht in seinen Klauen. —

Damals! Gewiß trank er einmal ein Glas über den Durst — doch das passierte selten — bis zu der ungeligen Stunde! Was ward eigentlich, was ihn immer und immer aus dem Hause ins Wirtshaus trieb?

War es nicht der fortwährende Anblick der Jammergestalt seines mißgestalteten Knaben?

Er hatte trinken müssen, um das Gewissen zu betäuben! Das böse Gewissen! Lug und Trug! Es ließ sich nicht betäuben, ließ seine Stimme nicht erstickt im Zusehdunst. Für kurze Zeit wohl, für Stunden vielleicht — immer wurde es wieder wach — zeigte ihm täglich die elende Gestalt seines Ältesten: „Sieh, das ist dein Werk! Im Rausch hast du dein Kind, das Pfand eurer Liebe, um sein Lebensglück gebracht!“ — — —

Als Heinrich Nabe noch jung und ledig war, hatten sich die Mädels bald die Augen nach ihm ausgeguckt. Sie rissen sich fast um den schneidigen Unteroffizier, dem einmal eine Militär-anwärterstelle winkte. Gewiß hatte er manchmal einen kleinen Schwips, das machte den Mädels Spaß, sie meinten, er sei dann immer so richtig nett, und liefen ihm weiter nach, bis die Martha, das hübscheste Mädchen im Städtchen, an ihm hängen blieb.

Was tat's! Heinrich Nabe war kein Lump. Er ließ sie nicht sitzen. Das Kind, das da kommen sollte, mußte einen Vater haben. So machten sie Hochzeit. Und bald kam das Kind. Ein prächtiger Knabe war's. Und seinen vollen Namen gab er ihm, Heinrich Nabe. Dieses sonnige Glück, das der kleine Kugelrunde, kerngesunde Bub, ihr Heini, ins Haus brachte. Wie verschönte das Mutterglück seiner Martha blasse Wangen. Wie lachte und tollte die mit ihrem Jungen, bis — zu der ungeligen Stunde! —

Heinrich Nabe hatte mit gleichgesinnten Freunden bei Wein und Bier Kaisers Geburtstag gefeiert. Schwer bezechet hatte

Angeichts der Ablehnung jeder Konferenz durch die Entente ist es eine Verhöhnung des deutschen Volkes, wenn amerikanische und englische Regierungsleute erklären, die Entente führe den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen seine Regierenden. Die besten Söhne des deutschen Volkes müssen auf den Schlachtfeldern verbluten. Die Regierenden sitzen hüben und drüben weitab vom Schuß, hüben und drüben bezahlt das Volk die blutige Rechnung. Darum sollte jedes Volk seine Regierung zu ernsthaften Prüfungen der Friedensmöglichkeiten zwingen. Klara Bohm-Schuch.

Gesundheitswesen

Der Ausbau der Mutterschaftsfürsorge. In dem vom Stadt- und Münchener Frauenvereine veranstalteten Zyklus: „Die Volksgesundheit und die Frauen“ sprach Versicherungsamtman Dr. Jäger über: „Gedanken und Wünsche zu dem zukünftigen Ausbau der Mutterschaftsfürsorge“. Der Vortragende wies darauf hin, daß der Gedanke der Mutterschaftsversicherung in Deutschland erst 1901 durch Lily Braun aufgeworfen worden ist, aber alsbald weiteste Verbreitung gefunden habe. Der Schwangeren soll Gelegenheit geboten werden, in der letzten Zeit vor der Niederkunft mit der Arbeit auszusparen; um ihr das zu erleichtern, soll ihr der Lohnausfall vergütet werden. Der in der Hauswirtschaft tätigen Frau soll Hauspflege gegeben werden. Ledigen Müttern ohne Heim, Erit- und Schweregebärenden soll Anstaltspflege gewährt werden. In den ersten zehn Tagen nach der Niederkunft, bei Bedarf noch länger, ist Wochenbettspflege, auf dem Lande durch die Hebamme, in der Stadt durch besonders ausgebildete Wochenbettpflegerinnen zu gewähren. Der Wöchnerin ist im Anschluß an die Niederkunft eine Enthaltung jeglicher Arbeit auf mindestens acht Wochen vorzuschreiben. Lohnarbeitenden Frauen ist der Ausfall an Verdienst durch Gewährung von Wochenlohn zu ersetzen. Der stillenden Mutter ist Stillgeld zu zahlen. Während der Arbeit ist der lohnarbeitenden Frau in Fabrikrippen, Stillstuben usw. Gelegenheit zu Stillpausen zu geben. Säuglingsfürsorgestellen sollten den Müttern beratend zur Seite stehen, Milchläden ihnen billige Säuglingsmilch liefern. Der Referent streifte dann die geschichtliche Entwicklung der Mutterschaftsversicherung in den geltenden Arbeiterversicherungs-gesetzen. Die Reichsversicherungsordnung enthält zwar im Kerne alle erforderlichen Leistungen, aber sie stehen nur auf dem Papier, weil sie den Krankentassen nicht als Zwangsleistungen aufgelegt sind. So sind 96 Prozent aller Münchener weiblichen Versicherten lediglich auf das Wochenlohn und auf

man ihn heimgebracht. Zum großen Schmerz der jungen Frau und Mutter. Ganz von Sinnen war er, tobte, schrie und fiel endlich in Schlaf. Wachte aber schon nach einigen Stunden mit einem furchtbaren Brunnenschädel auf, stürzte zum Wassereimer, und als das seinen Durst nicht löschte, ließ er durch das Kind der Nachbarin eine Kanne Bier holen, trank es in einem Zuge aus und wollte sich wieder schlafen legen, konnte aber keine Ruhe finden, weil das Kind so heftig schrie. Martha saß am Bettchen des Kleinen und suchte ihn zu beruhigen. Da half alles keinen. Heini wälzte sich im Zahnfieber und schrie zum Erbarmen. Das tat Rabes Brunnenschädel weh. In seinem Unverstand schrie er das kranke Kind im Unteroffizierten an: „Maul gehalten! Ganz still bist du! Verstanden!“

Erschröden sah das Kind den Vater an und stieß gellende Töne aus. Rabes Kopf war „zum Plagen“, und das Kind schrie weiter.

Schon wollte er dem Kinde zeigen, daß es zu gehorchen habe, da riß es die Mutter schützend in ihre Arme. Das machte ihn rasend. — Mit einem Griff hatte er sich des wimmernenden Kindes bemächtigt — was weiter geschah, — es blieb ihm traumhaft. —

Mäuschenstill lag es in seinem Bettchen, hatte die Händchen geballt und ein Zucken um die bläulichen Lippen. Der Arzt sah bei ihm. Tröstend sprach er auf die Mutter ein, die saßungslos schluchzte.

Lange, lange lag es krank. Rang mehr denn einmal mit dem Tode und blieb doch Sieger. Aber ein hilfloser Krüppel. Die Leute wußten nicht anders, die Mutter hatte das Kind im unbewachten Augenblick vom Tisch fallen lassen.

Wie ein Schatten schlich Martha einher. Schen wick sie dem Gatten aus, nie mehr hatte sie ein Lächeln für ihn. Das Kind

die Gewährung der Geburtshilfe bei der Niederkunft angewiesen. Erst die Reichswochenhilfe brachte eine großzügigere Mutterschaftsfürsorge. Die Fortführung der Reichswochenhilfe und ihr gleichzeitiger Ausbau zu einer umfassenden Mutterschaftsversicherung ist das Bestreben weitester Kreise und auch die Absicht der Regierung. Der Plan muß verwirklicht werden angesichts der Notwendigkeit unseres völkischen Wiederaufbaues.

Arbeiterinnenferien. In unserem Artikel über Ferienzeit wird uns aus Düsseldorf geschrieben: Der Fürsorgevermittlungsstelle Düsseldorf ist es gelungen, im Laufe des Sommers 220 erwerbstätige Frauen und Mädchen, zum großen Teil Munitionsarbeiterinnen, aber auch abgearbeitete Hausfrauen, in ländlichen Krankenhäusern und in Einzelfamilien auf dem Lande gegen ein geringes Kostgeld von 2 bis 4 Mk. täglich unterzubringen.

In Zusammenarbeit mit der evangelischen Geistlichkeit und dem katholischen Caritasverband waren einwandfreie Familien auf dem Lande festgestellt worden, die bereit waren, 4 Wochen lang eine Arbeiterin aufzunehmen. Die Aussendung erfolgte durch die Fürsorgevermittlungsstelle, die in enger Zusammenarbeit mit den Ortsbeziehungsweise Betriebskrankentassen stand. Erst nachdem durch ein Attest die Erholungsbedürftigkeit festgestellt war, konnte die Aussendung erfolgen. Die Kosten, auch eventuell Erhöhung des Krankentages, trugen die Krankentassen.

Der Erfolg ist im allgemeinen als ein guter, ja sehr guter zu nennen. Die Arbeiterinnen kamen frisch und erholt, sie hatten bis zu 20 Pfund zugenommen, zurück. Nur in ganz seltenen Fällen ist durch Taktlosigkeit der Arbeiterinnen oder auch der Landbevölkerung Mißstimmung gekommen. Die meisten waren voll Dankbarkeit gegen die Aufnehmenden und würden mit Freuden wieder zu einer anderen Zeit dieselbe Gastfreundschaft in Anspruch nehmen.

Es ist zu wünschen, daß die Arbeit im nächsten Jahre noch in erweitertem Maße aufgenommen werden kann. Ferner darf man hoffen, daß gute Beispiele wie diese aufeinander wirken.

Bevölkerungspolitik

Die wachsenden Gefahren der Geschlechtskrankheiten haben die Notwendigkeit einer tatkräftigen Bekämpfung dieser Volksseuchen durch die staatlichen und Gemeindebehörden, sowie die privaten Fürsorgevereine erhellte. In einer Besprechung der Aufgaben auf dem Gebiet der Gefährdetenfürsorge, sowie zur Stellungnahme zu den vom Reichstag vorliegenden bevölkerungspolitischen Gesetzen-

war ihr alles. Hätte er den Mut gehabt, sein Weib um Verzeihung zu bitten, hätten sie das Leid gemeinsam getragen!

Verzeihung bitten! Nein, das tut ein gewesener Unteroffizier nicht. Da ging Heinrich Rabe lieber seinen eigenen Weg, er suchte Trost im Wirtshaus.

Im Hause nur wagte er, sich seinem Weibe zu nähern. Im Hause war er Vater der drei fräuchzenden Kinder geworden.

Manch harter Kampf war entbrannt zwischen seinem Weibe und ihm. Widerstrebend nur, in steter Angst, der Bitterlich könne sich an den schuldlosen Kindern vergreifen, gab Martha sich ihm hin. — Und sie hatte ihn doch einst so lieb gehabt. (Schluß folgt.)

Herbst.

Es ging der helle Sommertraum
zur Reige.

Nun siedelt durch den kühlen Raum
Herbstwind auf seiner Reige.

Da tanzt das farbentolle Laub
im Kreise.

Der Wandersmann im Erdenstaub
lauscht nach der dunklen Weise

und hebt die Stirn ins blasse Licht:
Verwunden

ist Lieb und Leid — und ferne Sicht
ins Heimatland gefunden!

Arthur Illter.

Man muß die Tugend eines Menschen nicht bemessen nach seinen außergewöhnlichen, sondern nach seinen gewöhnlichen Handlungen.

Bl. Pascal.

würfen laden das Wohlfahrtsamt in Frankfurt a. M. und die Frankfurter Frauenkommissionen zum Studium der Sittlichkeitsfrage die interessierten staatlichen und städtischen Behörden, die Polizeiamter, Fürsorgevereine und Einzelpersonlichkeiten zu einer Tagung in den Bürgersaal des Frankfurter Rathauses am 10. und 11. Oktober d. J. ein. Das Programm sieht außer einem Bericht über die bisherige Wirksamkeit der Vereine und Fürsorgestellen Vorträge vor über: Die Aufgaben der Fürsorgearbeit und ihre Abgrenzung zwischen Polizei, Gemeinden und Fürsorgevereinen (Assessor Dr. Raier, Frankfurt a. M.), Der Stand der Sittlichkeitsgesetzentwürfe (Reichstagsabgeordneter Dr. Quard), Die sozialhygienischen Forderungen zur Sittlichkeitsgesetzgebung (Professor v. Düring-Steinmühl), Die sozialen Forderungen zur Sittlichkeitsgesetzgebung (Landrichter Dr. Wolf, Viefelsfeld). Anmeldungen zur Teilnahme sind bis zum 5. Oktober d. J. an das Wohlfahrtsamt in Frankfurt a. M., Saalgaße Nr. 33 zu richten; von dort werden auf Wunsch die Programme der Tagungen kostenlos versandt.

Gewerkschaftliche Umschau

Partei und Gewerkschaften sind während der Kriegszeit eine Menge besonderer Arbeit erwachsen, deren Erfüllung nicht immer in der Öffentlichkeit sichtbar ist. In Gemeinschaft mit der Parteileitung mußten die Gewerkschaften, besonders die Generalkommission, in vielen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten mitraten und mittaten, um die Interessen der werktätigen Bevölkerungsklasse zu wahren und deren herbes Los wenigstens einigermaßen erträglich zu gestalten. Welche gewaltige Arbeit da in Beratungen und Sitzungen geleistet worden ist, wird vielleicht erst einmal später bekannt, wenn über manches frei und ungezwungen in der Öffentlichkeit geredet und berichtet werden kann. Die Versuche auf Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen und damit das Bestreben, die Friedensfrage in ein lebhafteres Fahrwasser zu bringen, dazu die sozialpolitischen und arbeiterfürsorglichen Arbeiten in der Heimat, denen sich die auf dem weiten Gebiet der Kriegsfürsorge zugesellen, haben starke Anforderungen auch an die persönliche Leistungsfähigkeit der Arbeitervertreter gestellt.

Naturgemäß wurde der während den Kriegsjahren brennendsten inneren Frage, der der Volksernährung, von ihnen erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Vieles regte sich ob der Mißwirtschaft in der Lebensmittelerfassung und der schlechten Lebensmittelverteilung der Unruhe in den Gewerkschaftskreisen, und es wurde

verlangt, unsere Vertreter sollten aus den Kommissionen austreten, um damit zugleich zu belunden, daß sie jede Verantwortung ablehnen. Doch bei näherem Zusehen ist dieser Rat wenig wert, er würde wohl gar das Gegenteil von dem erwirken, was mit ihm beabsichtigt ist: würden unsere Vertreter in den Lebensmittelkommissionen und in all diesen Körperschaften ihre Mitarbeit einstellen, so würden wir uns damit jedes Einflusses auf die Regelung und Gestaltung der Dinge begeben, und die Zustände würden dadurch sicher nicht besser werden. Die von uns abgewälzte Verantwortung aber würden auch noch jene Personen und Kreise übernehmen, die jetzt schon ein großes Teil der Schuld an den leidigen Zuständen tragen. Sicher von dieser Erkenntnis aus sind Parteivorstand und Generalkommission immer wieder von neuem bemüht, als ständige Mahner an die Türen der Regierungsbehörden zu klopfen und auf die Gefahr hinzuweisen, die durch die stetig zunehmende Verschlechterung der Ernährung in Volkskreisen heraufsteigt.

So haben beide Körperschaften Anfang September sich wiederum mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in der sie die Unzulänglichkeit der Ernährung darstellten und um Abhilfe baten. In dieser Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes sich stets verschlechtert hätten, und daß jede Erhöhung des Lohnes und jede Feuerungszulage durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes längst wirkungslos gemacht worden sei. Es wurde die Politik des Kriegsernährungsamtes einer Kritik unterzogen und darauf hingewiesen, daß, während Millionen Männer auf dem Schlachtfelde ihr Blut dem Vaterland geben müssen, die Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von den eigenen Volksgenossen ausgezogen würden durch schonlosen Wucher mit Lebensmitteln. Das Einkommen der unbemittelten Bevölkerung reiche nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel, ebenso würden für Kleidung, Schuhe, Wäsche und Haushaltsgegenstände Phantasiepreise gezahlt, die für die meisten unerschwinglich seien. Eine Besserung dieser Verhältnisse müsse unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit nicht dauernden Schaden erleiden soll. Die in Aussicht genommene Erhöhung des Brotpreises und zugleich die Herabsetzung der Brot- und Kartoffelration würden dem Volke neue Entbehrungen auferlegen, während die wohlhabende Bevölkerung sich mit Hilfe des Sälzeihandels ohne Rücksicht auf die fortgesetzt steigenden Preise gut versorgen könnte. Eine reichliche Belieferung mit diesen wichtigen Lebensmitteln sei deshalb absolute Notwendigkeit, zumal auch ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes eine solche zugesagt

Christiane Goethe-Vulpus.

Eine Rechtfertigung von Anna Bloss.

Seit alten Zeiten haben die Lästereien viel Unheil angerichtet. Freunde und Liebende haben sie auseinander gebracht. Den guten Ruf vieler Menschen haben sie vernichtet. Ja, sie haben es fertig gebracht, daß von einer ganzen Reihe bekannter Persönlichkeiten ein verzerrtes Bild auf die Nachwelt gekommen ist. Es ist sicher ein dankenswerteres Unternehmen, wenn der Versuch gemacht wird, solchen Persönlichkeiten zu ihrem Recht zu verhelfen und klarzulegen, daß sie besser waren als ihr Ruf. Einen solchen Versuch hat Ella Federn in ihrem Buche gemacht „Christiane von Goethe. Ein Beitrag zur Psychologie Goethes“ (Delphin-Verlag, München). Das Buch ist während des Krieges erschienen und hat schon die zweite Auflage erlebt, ein sicherer Beweis dafür, wie groß das Interesse für die Geliebte und spätere Gattin Goethes auch heute noch ist.

Gerade Christiane ist bis in unsere Tage viel Unrecht geschehen. Sie war ja nur ein Kind aus dem Volke. Frau von Stein, die vornehme Frau, die einen guten Gatten und wohlgeratene Kinder hatte, gilt heute noch vielen als die platonische Freundin Goethes. Sie wurde überall in der Gesellschaft von Weimar empfangen, trotz ihrer ziemlich offenkundigen Beziehungen zu dem großen Dichter. Christiane aber wurde ein Opfer der Lästereien, und bis in die neueste Zeit wurde sie verachtet und verkannt. Schon von ihrem Vater erzählte die „durchaus nicht einwandfreie Tradition Weimars“, er wäre an Trunksucht zugrunde gegangen. Jedenfalls bemühte er sich, seinen Kindern, insbesondere seinem Sohne Christian, eine gute Schulbildung zu geben. Goethe hebt seine gute Bildung hervor zu einer Zeit, wo er noch nicht wissen konnte, welche Bedeutung Vulpus' Schwester für ihn gewinnen, wie man ihm und Christiane ihre „niedrige und ungebildete Abstammung“ vorwerfen würde. Dieser Bruder war die Veranlassung der Bekanntschaft Goethes und Christianens, denn um ihm eine Stellung zu verschaffen, überreichte das junge in einer Blumenfabrik beschäftigte Mädchen dem mächtigen Minister eine Pittschrift. Dieser ersten Begegnung hat Goethe das innige Gedicht gewidmet: „Ich ging im

Walde so vor mich hin“. Er nahm das frische „Dirnchen“ als „Hausmutterchen“ zu sich, und sie schaffte ihm das Behagen, das er schwer entbehren konnte. Ihre Schulbildung war eine mangelhafte, wie es ja die weibliche Bildung jener Zeit überhaupt war. Aber den tiefweiblichen Gehalt ihres Wesens lernte Goethe schätzen.

Die Achtung der „Gesellschaft“, zu der sie nie gehört hatte, war ihr gleichgültig. Während man in Weimar die Nase über sie rümpfte, schrieb Goethes Mutter, die in allen natürlichen Dingen so natürlich dachte und urteilte, dem „Bettstüb“ ihres Sohnes einen liebevollen Brief, in dem sie sich als „Ihre Freundin Goethe“ unterzeichnet. Von verschiedenen Kindern, die Christiane dem Geliebten schenkte, blieb in den ersten Jahren nur August am Leben. Ihn brachte Goethe mit Christiane zu seiner Mutter nach Frankfurt, und hier festigte sich die Zuneigung der beiden Frauen, die sich in der Liebe zu Goethe fanden, so sehr, daß die Frau Rat sich nach Christianens Abreise als deren „treue Freundin und Mutter“ unterschreibt. Man muß Goethes Briefe aus der Zeit der Trennung von Christiane lesen, um zu begreifen, wie hoch er sie schätzte und wie sich seine Liebe immer mehr vertieft. Dies ist besonders der Fall, als Goethe im Jahre 1801 lebensgefährlich erkrankte und nur durch Christianens aufopfernde Pflege gerettet wurde. „Wie gut, sorgfältig und liebevoll sich meine liebe Kleine bei dieser Gelegenheit erwiesen hat, werden Sie sich denken, ich kann ihre unermüdete Tätigkeit nicht genug rühmen,“ schrieb Goethe seiner Mutter nach seiner Genesung.

Einem zu ihrem großen Schmerz todegeborenen Töchterchen folgte der Sohn Wolfgang. Bald nach seiner Geburt, gleich nach der Schlacht von Jena im Jahre 1806, ließ Goethe sich mit Christiane trauen. „Ich will meine kleine Freundin, die so viel an mir getan und auch diese Stunden der Prüfung mit mir durchlebte, völlig und bürgerlich anerkennen als die Meiner.“ Wie die lieben Nächsten diesen Schritt beurteilten, geht aus dem Brief von Niemeis, dem Hauslehrer August Goethes, hervor: „Es ist merkwürdig, wie gerade in der Christenwelt nichts die Frommen so sehr unterhält und mit heimlicher Schadenfreude ligelt, als ein nicht auf die gewöhnliche Weise eingeleitetes Liebes- und Eheverhältnis. Ist es doch, als sprächen sich auch darin nur der Reiz aus, daß einer sich herausnehme, zu tun,

habe. Der Regierung sei die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt, sie dürfe ihr nicht gleichgültig gegenüberstehen.

In gleichem Sinne bewegte sich eine Aussprache mit Regierungsvertretern, die eine von der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften gewählte Kommission im Beisein des Reichskanzlers wenige Tage darauf hatte. Von den Regierungsvertretern wurde, wie immer, auf die Schwierigkeiten der Volksernährung hingewiesen und Abhilfe versprochen. Im Anschluß an diese Mahnungen erfolgte dann eine öffentliche Antwort des Reichskanzlers, die recht wenig befriedigen kann. Niemand verkennet die Schwierigkeiten, die sich einer gerechten Lebensmittelverteilung entgegenstellen, wenn die Behörden aber dem täglich zunehmenden Schleichhandel und Lebensmittelwucher nicht besser zu Leibe gehen können, so bekunden sie damit eine organisatorische Ohnmacht, die in schreiendem Gegensatz zu der Forderung steht, mit der sie sonst gegen die geringfügigsten Gesetzesübertretungen (etwa bei 10 Pfund Kartoffelhamsterei) der kleinen Leute vorgehen. Die ewigen Verträge können nicht befriedigen angesichts der Möglichkeit, Besserung zu schaffen.

In Rücksicht auf die schlechten Ernährungsverhältnisse machten sich im Laufe der Zeit in vielen Orten Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar, um dadurch einen Ausgleich für die durch die Ernährung verursachte Schwächung der Arbeitskraft herbeizuführen. Viele Unternehmer in Großbetrieben haben diese Forderung der Arbeiter bereits als berechtigt anerkannt und die Arbeitszeiten insofern geändert und verkürzt, als der vier- und zwanzigstündige Arbeitstag in drei Arbeitsschichten eingeteilt wurde. Die Kriegsindustrie aber, an die besondere Anforderungen gestellt werden, glaubt im Interesse der notwendigen Produktion dieser Industrie eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligen zu können. Jedenfalls sind die Arbeiter und Arbeiterinnen an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt und können bei der jetzigen Einführung der fleischlosen Wochen noch besonders geminderten Ernährungs auf die Dauer Arbeit in dem von ihnen verlangten Umfange nicht mehr leisten. Den Gewerkschaftsleitungen fällt es deshalb schwer, die Arbeiter vor unüberlegten Schritten zu bewahren, die nur verhütet werden können durch eine immerhin bessere Ernährung, die sehr wohl durch besondere behördliche Maßnahmen bei einer gerechteren Verteilung der Lebensmittel möglich wäre.

Für die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach Kriegschluß werden schon jetzt besondere Vorkehrungen getroffen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat im Hinblick auf

die von den deutschen Unternehmerverbänden wiederholt abgegebenen Erklärungen, den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten und Arbeitern ihre Arbeitsplätze, soweit irgend möglich, wieder einzuräumen, angeregt, daß sich die Unternehmer schon jetzt oder doch, sobald es im Einzelfall durchführbar ist, darüber zu entscheiden, welche Arbeiter sie wieder einstellen werden, so daß wenigstens ein Teil der Kriegsteilnehmer über ihre spätere wirtschaftliche Lebensstellung gewissermaßen beruhigt ist. Im Zusammenhang damit steht die Frage, in welchem Umfange die weibliche Arbeitskraft in den einzelnen Betrieben abgebaut werden muß, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern ihre früheren Arbeitsplätze wieder freizumachen. Die Unternehmer werden gebeten, auch in dieser Hinsicht schon jetzt auf eine vorsorgliche Regelung bedacht zu sein.

Der Metallarbeiterverband, die größte deutsche Gewerkschaft, kam über einen ungeahnten Aufstieg im Jahre 1917 berichten. Der starke Zustrom der weiblichen Mitglieder findet in der vermehrten Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie seine Erklärung. Am Ende des Jahres 1917 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 88000. Unerfreulich ist nur, daß eine überaus starke Fluktuation zu verzeichnen ist, denn dem durch Eintritt erfolgten Zugang von über 101000 weiblichen Mitgliedern steht ein Abgang von 59000 Mitgliedern gegenüber.

Teuerungszulagen wurden außer in lokalen Bewegungen vielfach auch durch zentrale Körperschaften abgeschlossen, so im Buchdruck- und Buchbindergewerbe. Auch im Baugewerbe werden erneute Teuerungszulagen, laut einer im Reichswirtschaftsamts getroffenen Vereinbarung nach Ortsklassen geregelt, gezahlt.

Wie in der Industrie, so ist die Frauenarbeit auch in die Gewerkschaft in stärkerem Maße eingedrungen. Nach dem Jahrbuch des Textilarbeiterverbandes haben in 15 Orten weibliche Mitglieder für den Geschäftsführer die Verwaltungsarbeiten der Organisationen übernommen. 21 weibliche Mitglieder besorgen die Verwaltungsgeschäfte ihrer eingezogenen Männer, in 7 Gauvorständen sind 9 Frauen tätig, die engeren Ortsverwaltungen zählen 641 weibliche Mitglieder, die als Vorjüngende, Kassierer und in anderer Eigenschaft tätig sind. Im ganzen wurden über 3000 weibliche Mitglieder festgestellt, die irgendwelche Funktionen innerhalb des Verbandes ausüben. In Wirklichkeit wird deren Zahl aber erheblich höher geschätzt. Mancher gewerkschaftliche Vertrauensposten wäre verwaist, wenn nicht eine Frau die verantwortungsvolle gewerkschaftliche Tätigkeit des Mannes übernommen hätte. Diese Kriegsarbeit im Interesse der Organisation gereicht den Frauen zur Ehre. Georg Schmidt.

was die andern nur zu gern auch tun möchten, wenn nur das qu'en dira-t-on (was wird man dazu sagen) nicht wäre. Rehabilitiert wurde Christiane durch ihre Heirat nicht. Die Lasterzungen hatten nur zu gut gegen sie gearbeitet. Vor allem war es Frau von Stein, die mit dem feinen weiblichen Empfinden früher als Goethe selbst erkannte, daß seine Liebe zu Christiane mehr bedeutete als nur sinnliches Hinneigen. Die alternde Frau empfand es als bittere Kränkung, daß ihre reizausübende Macht auf den jüngeren Mann ausgeübt hatte, und sie verbreitete, was sie nur irgend Böses über Christiane erfahren konnte. Auf Schritt und Tritt empfand Goethe den feindlichen Einfluß der Frau, die er einst so hoch gestellt hatte. „Das Fegfeuer von der anderen Seite wird immer gräßlicher.“ (Schluß folgt.)

Gemüsefische in fettarmer Zeit.

Das Gemüse ist von jeher falsch behandelt worden. Von Muttters und Großmutterzeiten waren wir gewöhnt, das Gemüse erst gründlich abzubrühen. Dabei wurde nie bedacht, daß wir durch das Abbrühen gerade die besten, nährhaftesten Stoffe auf den Spülstein gossen. Beim Gemüsefischen ist vor allem zu beachten, daß es nur tüchtig abgewaschen werden muß, sein geschnitten wird und stets tropfnah in den Topf getan werden muß! Auch darf man beim Kochen nie die Rippen entfernen. Denn in ihnen ist gerade der meiste Eiweißstoff enthalten. Wenn die Rippen ebenso wie der Kohl zerleinert wird, stören diese durchaus nicht beim Essen. Wenn man in dieser fettarmen Zeit noch etwas Fett zum Gemüse verwenden kann, ist es natürlich um so schmackhafter und nährhafter. Sonst tut man Bouillonwürfel dazu, etwas Milch, etwas Zucker und nur ganz wenig Wasser, so daß nur der Boden des Topfes bedeckt ist. Die Milch und der Zucker vermindern den strengen Beigeschmack, den namentlich die Kohlforten haben. Das Gemüse wird tropfnah in den Topf getan, das heißt nachdem das Gemüse tüchtig abgewaschen ist, wird es nicht abgedrückt, sondern mit den daranhängenden Wassertropfen in den Kochtopf getan. Es empfiehlt sich, dem Gemüse in kleine Würfel geschnittene Kartoffeln beizufügen.

Dadurch wird die bisher übliche Mehlschwitze erspart. Dann muß der Dedel fest zugedeckt werden. Das Gemüse muß mindestens eine halbe Stunde kochen. Darauf stellt man den festverschlossenen Topf in die Kochliste.

Nie darf man dabei vergessen, erst mit dem kalten Topf das in der Kochliste hergerichtete Nest auszuprobieren.

Gemüse im Wasserdampf garfochen zu lassen, ist auf folgende Art möglich. Ein selbsthergestellter Wasserdampftopf, respektive Steriliserapparat ist ein alter Waschtopf. Diesen reinigt man vorher gut dadurch, daß man ihn, nachdem man ihn gründlich ausgesäuert hat, mit Knoblauch ausreibt.

Auf den Boden des Waschtopfes wird eine Platte aus Holz, Albest oder Diamenunterlagen gelegt. Dann wird Wasser hineingegossen, so daß es an den mit Gemüse gefüllten Topf etwa vier Zentimeter heranzieht. Bei dieser Kochart darf der Gemüsefischtopf aber nicht zugedeckt werden, weil sonst der heiße Wasserdampf nicht dazu kann. Hierbei ist auch nicht Zugießen von Wasser zum Gemüse nötig. Es genügt, wenn man das Gemüse tropfnah in den Kochtopf tut.

Ein Dampftopf ist selbstverständlich auch jeder andere Topf. Er muß nur immer größer sein wie der Topf, den man hineinstellen will. Oben muß stets ein Zwischenraum für die sich entwickelnden Dämpfe bleiben. Daß der Dampftopf einen festen Verschuß haben muß, versteht sich am Rande.

In einen Dampftopf können auch mehrere Töpfe übereinander gestellt werden. Auf diese Weise werden zu gleicher Zeit mehrere Gerichte gargekocht. Wenn man zum Beispiel noch ein Kompott kochen will, legt man auf den Gemüsefischtopf Holzstäbchen, auf welche man den anderen Topf stellt. Nie darf der untere Topf fest geschlossen sein, weil sonst die Dämpfe nicht hinzugelangen können. Das Obste wird dann auch ohne Wasser tropfnah mit Zucker angelegt. W. M.

Der Mensch kann immer sehr viel für sein inneres Glück tun, und was er äußeren Ursachen sonst abbeten müßte, sich selbst geben. Es kommt nur auf Kraft des Entschlusses und auf einige Gewöhnung zur Selbstüberwindung an. W. von Humboldt.

